

Quelle Main-Post vom 01. 08. 2006
Seite 0
Ressort Politik
Autor n/a
Copyright Mainpresse Zeitungsverlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Stoiber will Agrarbeihilfen offen legen Kleinere und mittelgroße Betriebe ausgenommen

BERLIN (DPA) Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hat sich für die Offenlegung von EU- Agrarbeihilfen ausgesprochen und damit eine Kehrtwende vollzogen. "Die Bürger haben einen Anspruch darauf zu erfahren, wie die Fördergelder der EU verwendet werden", zitierte ihn das "Handelsblatt". Allerdings sollten kleinere und mittelgroße Betriebe davon ausgenommen werden, damit keine neue Bürokratie entstehe und der Datenschutz gewahrt werde. Die kleineren Betriebe sind in Bayern in der Überzahl. Die EU-Kommission strebt mehr Transparenz beim Bezug von Fördermitteln an. Das Bundesagrarministerium sprach sich für eine Offenlegung aus, kritisierte aber Stoibers Pläne. "Wenn man nur für größere Betriebe die Empfänger veröffentlicht, würde es darauf hinauslaufen, dass deren Subventionen gefährdet wären", sagte ein Ministeriumssprecher. "Wir sind mit so einer Lösung nicht einverstanden." Bayern hatte noch im Juli einen Beschluss des Bundesrats unter-

stützt, nach dem die Empfänger von EU-Geldern und die Beträge nicht veröffentlicht werden sollen. Die Nennung könne Interessierte abhalten, eine Förderung in Anspruch zu nehmen. Die flächenmäßig größeren Betriebe liegen in Ost- und in Norddeutschland. Agrarminister Horst Seehofer (CSU) will eine Neiddebatte verhindern. Er schlägt vor, die Hilfen ins Verhältnis zur Leistung der Betriebe und zur Zahl der Arbeitsplätze zu setzen. Bereits jetzt ist nach Ministeriumsangaben mit 50 Empfängern von Beihilfen zur Lagerung von Agrarüberschüssen vereinbart worden, die Namen zu veröffentlichen. Die Vorsitzende des Bundestags- Agrarausschusses, Ulrike Höfken (Grüne), kritisierte, Stoiber habe mit seinem Vorstoß für eine Obergrenze pro Betrieb eine Neiddiskussion angestoßen. Das Bundesagrarministerium will sich mit dem Wirtschafts- und dem Justizministerium über die Veröffentlichung von EU-Fördergeldern abstimmen. Im Wirtschafts- und Justizressort gebe es Wi-

derstand gegen die Pläne der EU-Kommission, schreibt die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (Montag). EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel erwägt zudem eine Kappungsgrenze für Subventionen pro Agrarbetrieb. Dies lehnt das Seehofer-Ministerium ab. Eine Initiative von 30 Organisationen fordert mehr Informationen über die Verwendung von EU-Agrarsubventionen. Dazu zählen der World Wide Fund For Nature (WWF) Deutschland und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Sie betonen, dass elf EU-Länder bereits die Verteilung ihrer Agrarsubventionen in unterschiedlichem Maß offen gelegt hätten. Deutschland erhält rund sechs Milliarden Euro EU-Fördergelder für die Landwirtschaft von etwa 44 Milliarden Euro.